

Individualisierung verlangt Vielfalt

Bei der emotional geführten Diskussion um eine freie Schulwahl in der Schweiz sehen sich die Privatschulen Vorurteilen und Klischees ausgesetzt. Robert Thomas von der Koordinationsstelle der Rudolf-Steiner-Schulen in der Schweiz und Liechtenstein schildert die spezifische Situation der Rudolf-Steiner-Schulen und spürt den Ängsten und Hintergründen der hitzigen Debatte nach.

In der Öffentlichkeit wird das Thema «freie Schulwahl» in vielen Medien diskutiert und erhitzt die Gemüter. Welchen Standpunkt nehmen dabei die Rudolf-Steiner-Schulen ein?

Die Rudolf-Steiner-Schulen befürworten selbstverständlich die freie Schulwahl. Es ist ein Grundrecht der Eltern, über Pflege, Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder zu entscheiden, das nicht nur zu gewähren, sondern durch Bund und Kantone aktiv zu fördern ist. Schon zum 75. Jubiläum der Rudolf-Steiner-Schulen in der Schweiz (2001) entstand das «Basler Manifest», in welchem wir die Behörden auf diese Tatsache aufmerksam gemacht haben. Das Thema ist in kurzer Zeit hochaktuell geworden. Bis Ende des 18. Jahrhunderts war die Kirche für die Schule zuständig, im 19. Jahrhundert übernahm der Staat die Verwaltung der Bildung und heute im 21. Jahrhundert ist die Zivilgesellschaft zunehmend daran interessiert, das Bildungswesen (Erziehung und Schule) selber zu gestalten. Viele Studien zeigen, dass die Schulerfolge der Kinder größer sind, wenn sich die Eltern für die Schule ihrer Kinder aktiv interessieren. Dies ist für die Gegenwart eine ganze wichtige Feststellung.

Es gibt in der Schweiz eine sogenannte «passive» freie Schulwahl, die in der Verfassung verankert ist. Die Wahl einer pädagogischen Alternative zur Staatsschule ist jedoch von der Geldbörse abhängig, somit bleibt ein Großteil der Eltern aus finanziellen Gründen von dieser Möglichkeit ausgeschlossen. Das ist nicht gerecht. Privatschulen in der Schweiz müssen sich heute weitgehend selbst finanzieren und damit Schulgeld einfordern; dies schmälert die Wettbewerbsfähigkeit von Privatschulen gegenüber den kostenlosen staatlichen Schulen in erheblichem Maße. Das Privatschulwesen kann unter diesen Umständen seine Aufgaben und Werte nur beschränkt wahrnehmen und entfalten.

Wir sind sehr dankbar, dass die Initiative «elternlobby.ch» etwas in Bewegung gebracht hat, dadurch ist das Thema in die breite schweizerische Öffentlichkeit getragen worden, was schon

längst fällig war. Wir sind froh darüber, dass dieses Thema die Gemüter erhitzt und Diskussionen auslöst.

Wir wünschen uns, dass die Eltern die Möglichkeit und das reale Recht bekommen, ein Schulprofil frei auszuwählen (unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten), und dass die jeweilige Pädagogik frei ausgeübt werden kann. Wenn wir aber durch eine Finanzierung auf ganz bestimmte Elemente der Waldorfpädagogik verzichten müssten, so würden wir uns dagegen wehren. Echter Pluralismus im Bildungswesen ist zur Erhaltung einer demokratischen Gesellschaft unerlässlich.

In anderen Ländern hat sich gezeigt, dass die freie Schulwahl eine Qualitätssteigerung in allen Schulen bringt. Sind die Steiner-Schulen für diesen verstärkten Wettbewerb bereit?

Ja, sie standen ja schon von Anfang an in einem Wettbewerb, jedoch in einem wirtschaftlich ungerechten. Es ist eigentlich ein Paradox, dass es in der Schweiz immer noch so viele Rudolf-Steiner-Schulen gibt! Das ist sicher eine Aussage über die Qualität der Schulen und deren Pädagogik, die nichts an Aktualität verloren hat, denn die Hindernisse sind und waren immer sehr groß.

Wir denken, dass die freie Schulwahl für die ganze Bildungssituation der Schweiz eine reale Verbesserung wäre.

Wie geht es den Steiner-Schulen wirtschaftlich in der Schweiz? Können sie weiterhin existieren, auch wenn die freie Schulwahl jetzt nicht kommt?

Die Schulen mussten und müssen immer wieder um ihre Finanzierung ringen. Die freie Schulwahl würde eine finanzielle Stabilität bringen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Nachfrage da ist und sogar an einigen Orten wächst. Wir sind zuversichtlich, dass das Profil einer Rudolf-Steiner-Schule einem Bedürfnis

entspricht. Mit klaren und innovativen Schulprojekten sind wir attraktiv und konkurrenzfähig geblieben.

Kritikpunkte

Die Kritiker der freien Schulwahl operieren mit heftigen Argumenten. Könnten Sie zu einigen Stellung nehmen?

Ja, sicher.

Die freie Schulwahl bedeute eine Aushöhlung der Volksschule, wenn nicht sogar ihr Ende.

Das ist reine Propaganda. Das stimmt nicht. Es gibt nirgendwo Ansätze dafür. In Ländern, welche seit Jahren die freie Schulwahl kennen und gute Erfahrungen damit gemacht haben, besuchen weiterhin 80 bis 95 Prozent der Kinder die nächstgelegene Volksschule. Solange



Robert Thomas, seit 1976 Lehrer in Zürich. Koordinator der Rudolf-Steiner-Schulen in der Schweiz und Liechtenstein (seit 1996), Geschichts- und Kunstgeschichtslehrer an der Atelierschule, Zürich, Co-Leiter des FPAS (Formation pédagogique anthroposophique de Suisse romande), Beauftragter der Rudolf-Steiner-Schule für die Öffentlichkeitsarbeit.

die Volksschule gut ist, bleiben die Kinder auch.

Bildungsferne Schichten wären von der freien Schulwahl überfordert.

Diese Argumentation hören wir immer wieder. Wenn aber die verschiedenen Schulprofile sachlich vermittelt werden, dann interessieren sich diese Eltern sicherlich vermehrt dafür. Wir würden auch aus der Nische, in welche uns die Behörden gedrängt haben, herauskommen und hätten die Möglichkeit, bekannter zu werden. Wir haben in der Vergangenheit versucht, mit der Eidgenössischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) diesbezüglich Gespräche zu führen, um Kinder aus bildungsfernen Schichten aufzunehmen. Aber

ohne finanzielle Unterstützung des Bundes oder des Kantons ist dies aussichtslos.

Der Zusammenhalt in den Quartieren würde zurückgehen.

Gibt es heute diesen Zusammenhalt überhaupt noch? Es ist eine Tatsache, dass in Quartierschulen mit hohem Ausländeranteil Eltern ihre Kinder in eine andere Schule schicken. Wenn es im gleichen Quartier verschiedene Schultypen gäbe, würden die Eltern sicherlich bleiben und sich viel mehr an den Profilen der Schulen orientieren.

Freie Schulwahl führt zur Individualisierung und Entsolidarisierung.

Die Individualisierung ist eine unumkehrbare gesellschaftliche Entwicklung hin zu einer Zivilgesellschaft mündiger Bür-



Robert Thomas: «Die Individualisierung verlangt heute eine Differenzierung der Bildungswege und -formen.»

ger. Solidarität im modernen Sinn ist nicht vom Staat verordnet, sondern entsteht aus Freiheit, wie der große Anteil freiwilliger Arbeit zeigt, die in der Schweiz heute alleine im sozialen Bereich geleistet wird.

Schreckgespenst Zweiklassengesellschaft

Wie Umfrageergebnisse zeigen, ist die Sorge in der Bevölkerung beträchtlich, dass mit der freien Schulwahl eine Zweiklassengesellschaft entstehen würde. Ist die Sorge berechtigt?

Entscheidend für die Bevölkerung ist die Chancengleichheit. Die Dominanz der staatlichen Bildungsangebote und der staatlichen Finanzierung trugen in der Schweiz in der Vergangenheit nicht dazu bei, dass die soziale Ungerechtigkeit beseitigt und die Chancengleichheit erhöht werden konnte. Auch die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) wies in den letzten Jahren wie-

derholt auf diesen negativen Zusammenhang von Einkommen und Bildungserfolg in der Schweiz hin. Ende 2007 wurden die Daten von über 180000 Schülern aus 27 Ländern anhand der Pisa-Resultate von 2003 analysiert und zusammengefasst. Die Studie der OECD zeigte deutlich auf, dass die Chancengleichheit vor allem dort wächst, wo ein hoher Anteil staatlicher Gelder in nichtstaatliche Schulen fließt.

Sind Steiner-Schulleitern reicher als Staatschulleitern?

Es gibt eine Durchmischung: ein Teil unserer Elternschaft muss Verzicht leisten, um ihren Kindern diese Schule zu ermöglichen; wir haben auch viele Alleinerziehende, die sich knapp diesen Schultypus leisten können; es gibt jedoch auch Eltern, die großzügigerweise dazu beitragen, dass Defizite der Schulen ausgeglichen werden können, dort entsteht eine neue Solidarisierung. Ein beträchtlicher Teil unserer Elternschaft besteht übrigens aus Lehrern der Staatsschule.*

Hat die Arbeitsgemeinschaft der Rudolf-Steiner-Schulen vor, noch besser in die Öffentlichkeit zu treten?

Wir erachten die freie Schulwahl in erster Linie als ein Grundrecht der Eltern, diese müssen diesbezüglich aktiv werden. Wir unterstützen es, wenn die Eltern die Schule und das Bildungsprofil wählen können. Aber wir sind nicht primär an der Front, um für die freie Schulwahl zu kämpfen.

Es geht ja darum, dass eine interessierte Öffentlichkeit überhaupt wissen kann, dass die Steiner-Schulen keine finanziellen Eliteschulen sind. Das ist für die Entscheidung für oder gegen die freie Schulwahl wichtig.

Die Aufklärung der Bevölkerung kann nicht mit groß angelegter PR geschehen. Unsere Präsenz in Internet (www.steiner-schule.ch) wird intensiv genutzt, alle Schulen haben eine Homepage, und es gibt fundierte Beiträge, die unsere Identität darstellen. Wir wollen keine Mainstream-Bewegung werden, das entspricht nicht dem Ziel der Rudolf-Steiner-Schulen in der Schweiz. Für uns geht es in erster Linie um das Kind, nicht um Finanzen, auch nicht um äußeren Erfolg, sondern um Menschenbildung.

Emotionalisierung

Ein interessantes Phänomen ist die Emotionalisierung der Debatte, obwohl es ja viele Fakten gibt: Länder, die die freie Schulwahl kennen, Studien. Warum gehen die Emotionen hoch?

Meiner Meinung nach hängt dies mit der geschichtlichen Entwicklung zusammen. Die Schule gehört zum letzten Monopol des Staates und bedeutet Einflussnahme und Macht. Und wenn Macht hinterfragt wird, dann entstehen viele Emotionen. Die Volksschule entspringt einem wunderbaren sozialen Ideal. Der gesellschaftliche Kontext hat sich zwischenzeitlich jedoch geändert und die Individualisierung verlangt heute eine Differenzierung der Bildungswege und -formen.

Interessanterweise hatte auch die Diskussion über die Masern eine stark emotionale Komponente, die nach Ansicht von Bernhard Wingeier (vgl. «Goetheanum» Nr. 28/2008) damit zu tun hat, dass die Masern einen kräftigen Individualisierungsschub bewirken. Im gesellschaftlichen Rahmen scheint mir das mit der freien Schulwahl ähnlich zu sein. Es geht um die Individualisierung.

Genau! Es ist die gleiche Situation. Man kann heute nicht ein Ideal flächendeckend umsetzen. Die Zeit der totalitären Ideologie ist vorbei; jedes Kind ist anders. Und die Eltern sollten ohne Bevormundung die Verantwortung für ihr Kind wahrnehmen können. Sie können die für ihr Kind entsprechende Schule wählen, der Staat darf dies heute nicht mehr stellvertretend für sie tun.

Haben Sie den Eindruck, dass sich die freie Schulwahl jetzt durchsetzen wird?

Ich war ehrlich gesagt sehr erstaunt, als wir die zahlreichen Echos in den Zeitungen lasen, das hat mich doch überrascht. Vor einem Jahr habe ich gedacht, dass die Tätigkeit der «elternlobby» für eine «fernere» Zukunft ist! In den letzten acht bis zehn Monaten ist die freie Schulwahl in der Öffentlichkeit zu einem wichtigen Thema geworden. Entscheidend ist für mich vor allem die Auseinandersetzung mit der Frage, die durch alle Parteien hindurchgeht. Das bildet Bewusstsein, und ich hoffe sehr, dass dieses öffentliche Bewusstsein bald Auswirkungen auf die Verwirklichung dieses Grundrechtes der Eltern haben wird. ■

* Vgl. Dirk Randoll, Heiner Barz (Hrsg.): *Bildung und Lebensgestaltung ehemaliger Schüler von Rudolf Steiner Schulen in der Schweiz. Eine Absolventenbefragung*, Kulturwissenschaftliche Beiträge der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft, Band 2, Frankfurt am Main 2007. Sowie: Heinz Zimmermann, Robert Thomas: *Die Rudolf Steiner Schulen in der Schweiz. Eine Dokumentation*, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Rudolf Steiner Schulen in der Schweiz und Liechtenstein 2007.

Initiative

Viele Länder Europas kennen die freie Schulwahl, doch in der Schweiz war sie lange ein Tabuthema. Mehrfach wurde die Initiative durch Verstöße gegen verfassungsmässig vorgeschriebene Fristeinhaltungen zur Behandlung von Volksinitiativen verzögert. Doch jetzt steht im Kanton Baselland die Abstimmung der Schulwahl-Initiative fast vor der Tür, wohl am 30. November 2008 wird sie vor das Volk kommen. Pia Amacher, Präsidentin von «elternlobby.ch», antwort auf Fragen zur aktuellen bildungspolitischen Situation.



Ausschnitt eines Flyers der «elternlobby»

Das Thema freie Schulwahl wird in letzter Zeit breit in den Medien und in der Politik diskutiert. Wie ist der aktuelle Stand?

Am 30. November wird mit grosser Wahrscheinlichkeit die erste Abstimmung in Baselland zur Schulwahl-Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» statt-



Pia Amacher, Präsidentin von «elternlobby.ch»: Die Chancengerechtigkeit der Kinder im schweizerischen Bildungswesen ist weiterhin am Sinken

finden. In den Kantonen Appenzell Außerrhoden, Aargau, Basel-Stadt, Bern, Genf, Luzern, Solothurn, Thurgau, Waadt und Zürich laufen die Vorbereitungen für formulierte Verfassungs- oder Gesetzesinitiativen. Die kantonalen Initiativkomitees sind zum Teil schon fertig aufgestellt mit Vertretern verschiedener Parteien, Elternorganisationen und anderer Verbände und mit Lehrpersonen. Alle Mitglieder sind als Eltern im Komitee.

Das Thema fristete lange ein stiefmütterliches Dasein. Wie kam es schliesslich zu diesem starken Interesse?

Bis jetzt war die freie Schulwahl für alle innerhalb aller Schulen ein Tabuthema in der Schweiz. Mit unserer gesamtschweizerischen Petition vor fünf Jahren wurden wir nicht ernst genommen, weil eine Bittschrift nicht zu einer

Abstimmung führt. Die Petition hat dazu geführt, dass wir den Verein «elternlobby.ch» gegründet und den Boden für die kantonalen Verfassungsinitiativen vorbereitet haben. Die Bildungshoheit hat der Kanton, deshalb ist es wichtig, dass wir in mehreren Kantonen Initiativen lancieren, um gesamtschweizerisch ernst genommen zu werden.

In allen schweizerischen Parteien wurde über die freie Schulwahl diskutiert und Position bezogen. Erstaunlich ist, dass wir in allen Parteien Befürworter und Gegner haben. Gesamthaft lässt sich sagen, dass die linksstehenden Parteien eher dagegen sind, weil sie sich allgemein für mehr Staat einsetzen.

Welche Schritte stehen als Nächstes an?

In Baselland haben die Vorbereitungen für den Abstimmungskampf begonnen. Andere Kantone versuchen jetzt, möglichst schnell mit der Unterschriftensammlung zu beginnen, weil wir dadurch auch in Basel-Land mehr Gewicht erhalten und nicht als Einzelkämpfer dastehen. Ganz wichtig ist die Aufklärungsarbeit in den Medien und bei Politikern und Verbänden. An verschiedenen Orten der Schweiz werden Podien und Foren stattfinden.

Was sind die Hintergründe für die Verschiebung des Abstimmungstermins in Baselland?

Warum die Volksabstimmung verfassungswidrig und ohne Begründung auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, wissen wir nicht. Die Verfassungsinitiative ist jetzt für den 11. September im Landrat traktandiert und deshalb nehmen wir an, dass die Volksabstimmung am 30. November 2008 stattfinden wird.

Die Regierung von Baselland hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet für eine Subventionierung durch die staatlichen Schulträger an das Schulgeld von Eltern, deren Kinder eine nichtstaatliche Schule besuchen, von jährlich 4000 Franken pro Kind. Der zweite Gegenvorschlag kommt von der Bildungs-

kommission und beinhaltet eine Erhöhung der kantonalen Subventionen von jährlich 2000 Franken auf jährlich 2500 Franken pro Kind. Die «elternlobby» und das Initiativkomitee sind gegen beide Gegenvorschläge.

Wie schätzen Sie die Stimmung in der Bevölkerung ein?

Viele Eltern und Lehrpersonen sind unzufrieden mit den vielen diktatorisch aufgezwungenen Reformen und Vorschriften, die von allen übernommen werden müssen. Die Chancengerechtigkeit der Kinder im schweizerischen Bildungswesen ist weiterhin am Sinken. Bildung wird immer mehr zu einer Frage des Geldes. Viele Eltern machen die Faust im Sack. Laut einer gesamtschweizerischen «Beobachter»-Umfrage im Juni 2008 finden 43,2 Prozent die freie Schulwahl eine gute Idee, 45,4 Prozent nicht. Da wir noch nicht in allen Kantonen Aufklärungsarbeit gemacht haben, könnte Baselland als Pionierkanton mit Schulwahlfreiheit in die Schulgeschichte eingehen. ■

«elternlobby.ch» ist ein gemeinnütziger Verein, politisch und konfessionell neutral. Ziel des Vereins ist es, dass alle Eltern frei und unabhängig von Einkommen und Status zwischen den einzelnen Staatsschulen und nichtstaatlichen diejenige wählen können, die den Bedürfnissen und Begabungen ihrer Kinder am besten entspricht. Nur ein vielfältiges Bildungsangebot kann den unterschiedlichen Bildungsbedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht werden. Mitglieder sind Eltern, deren Kinder staatliche und nichtstaatliche Schulen besuchen. Aktivitäten des Vereins: Der Verein wurde 2002 gegründet und ist seither ständig am Wachsen. Im Herbst 2003 hat der Verein der eidgenössischen Bundesversammlung eine Petition mit 40000 Unterschriften übergeben. Die eidgenössische Bundesversammlung hat die Petition abgelehnt unter anderem mit der Begründung: «Bildung ist Kantonshoheit». Weitere Informationen: www.elternlobby.ch oder www.lobbyparents.ch.